

Die Agrarier und die aktuellen Wirtschaftsfragen.

Die österreichische Zentralstelle zur Wahrung der land- und forstwirtschaftlichen Interessen hielt gestern ihre Generalversammlung ab, der in Vertretung des Ackerbauministeriums die Sektionschefs Dr. v. Ertl und Dr. Seidler beiwohnten.

Vor Eingang in die Tagesordnung beantragte der Vorsitzende, Vizepräsident Professor Dr. von

Guttenberg die Absendung folgenden Telegramms an die kaiserliche Kabinettskanzlei:

„Die durch den schmähvollen Abfall Italiens von seinen bisherigen Verbündeten neuerdings erheblich erschwerte Kriegslage veranlaßt die heute tagende Vollversammlung der österreichischen Zentralstelle zur Wahrung der land- und forstwirtschaftlichen Interessen als Gesamtvertretung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft Sr. Majestät unserm allergnädigsten Kaiser und Herrn neuerlich die stete loyalste Ergebenheit sowie die volle Bereitwilligkeit zum Ausdruck zu bringen, bei der schwierigen, aber doch hoffnungsreichen Aufgabe, den Kampf zur vollen Wahrung der Macht und Größe Oesterreichs durchzuführen, nach besten Kräften mitzuwirken. Sie bittet Se. Majestät, die Versicherung entgegenzunehmen, daß alle Land- und Forstwirte Oesterreichs bereit sind, mit voller Begeisterung für diese Aufgabe einzutreten, daß sie alle sich um Oesterreichs Banner scharen und Treue halten werden bis zum letzten Atemzuge.“

Diesem Antrage wurde unter lebhaften Beifallskundgebungen einhellig zugestimmt.

Für die wirtschaftliche Annäherung an Deutschland.

Hierauf erstattete Reichsritter v. Hohenblum den Rechenschaftsbericht. Er führte im wesentlichen aus: Wenn wir auch nicht mit allen von der Regierung getroffenen Maßnahmen einverstanden sind, so betrachten wir es doch als eine patriotische Ehrenpflicht, der Regierung gegenwärtig keine Schwierigkeiten zu bereiten. Gilt doch heute der Satz: Einer für alle, alle für einen im Kampfe um die Größe und Ehre des Vaterlandes. (Beifall.)

Redner gab unter Hinweis auf das langjährige gute Verhältnis zwischen den österreichischen und ungarischen Agrariern der Hoffnung Ausdruck, daß Ungarn den berechtigten Forderungen nach einem freien Verkehr zwischen Oesterreich und Ungarn keine Hindernisse bereiten werde.

Was die jetzt vielfach erörterte wirtschaftliche Annäherung Oesterreich-Ungarns an Deutschland anlangt, könne diese vom agrarischen Standpunkt im großen und ganzen begrüßt werden. Eine Zollunion sei jedoch eine Utopie, absolut unausführbar, weil wahrscheinlich unsere Industriellen und die Agrarier Deutschlands dagegen protestieren würden. Sinegen seien eine Annäherung bei voller Selbständigkeit jedes einzelnen der beiden Kaiserreiche, eine Verständigung, bei welcher die Produktionsverhältnisse der einzelnen Staaten die gehörige Wahrung finden, ein Verhältnis, welches einen Ausnahmezustand im Verkehr der beiden Kaiserreiche gegenüber dem übrigen Ausland schafft, und Zollbegünstigungen, die außerhalb der allgemeinen Meistbegünstigung stehen, anzubahnen — ein Ziel, welches sowohl im Interesse Deutschlands als in dem der österreichisch-ungarischen Monarchie gemeinsam anzustreben wäre. Die Agrarische Zentralstelle hat mit Rücksicht darauf als eine der ersten Körperschaften über Aufforderung des Bundes der deutschen Landwirte in Berlin eine Konferenz in Prag abgehalten, an der auch Vertreter der ungarischen Agrarier teilgenommen haben. Bei diesen Verhandlungen hat man sich über die obigen Prinzipien geeinigt und wurde beschlossen, weitere Konferenzen abwechselnd nach Berlin, Wien und Budapest einzuberufen. Ein entscheidendes Votum wird erst im Einverständnis mit den einzelnen Zentralkörperschaften abgegeben werden können.

Redner bemerkt, die finanzielle Kraft der Monarchie sei unter der Aera der neuen Zoll- und Handelsverträge wesentlich gestärkt worden — die Zeichnungen auf die Kriegsanleihe beweisen dies am deutlichsten —, weil die landwirtschaftliche Bevölkerung so kauf- und aufnahmefähig geworden ist,

daß unsere Industrie gar nicht in der Lage war, diesem Aufnahmsbedürfnis nachzukommen. Man werde in Zukunft diese Lehre nicht vergessen dürfen und die Landwirtschaft so schützen müssen, daß sie in ihrer Entwicklung immer fortschreitet; dann werde es Aufgabe der Landwirtschaft sein, die eigene Industrie zu schützen und deren Fortentwicklung zu fördern, und Oesterreich werde nach beiden Richtungen hin vom Ausland unabhängig sein.

Unter lebhafter Zustimmung der Versammlung kennzeichnete Redner in martigen Worten die perfide und verräterische Politik Italiens und schloß unter stürmischen Beifall mit den Worten: In diesem Moment hört jede Sonderinteressenvertretung auf, heute ist es unser aller Pflicht, nur Oesterreicher zu sein und die größten Opfer zu bringen, heute gilt nur die Parole: Durchhalten —

Wie Tisza sagte — gegen alle Teufel der Welt im Kampfe für Kaiser und Vaterland, für unser geliebtes Oesterreich, mit Schwert und Pflug bis zum siegreichen Ende!

Die Resolutionen.

Reichsritter v. Hohenblum beantragte Resolutionen, welche ohne Debatte einstimmig angenommen wurden und in welchen ausgeführt wird:

Die Vollversammlung nimmt den Rechenschaftsbericht des Präsidiums zustimmend zur Kenntnis und beschließt, prinzipiell und lückenlos an dem agrarpolitischen Programm der Agrarischen Zentralstelle, welches der gesamten Agrarbewegung Oesterreichs zugrunde liegt, auch fernerhin unentwegt festzuhalten, da die damaligen Verhältnisse wohl der allgemeinen Erkenntnis Bahn gebrochen haben, daß es ausschließlich nur der agrarischen Schutzpolitik sowohl im Deutschen Reiche als auch bei uns zu danken ist, daß die Auszehrungspläne unserer Feinde zunichte gemacht wurden. Mit Rücksicht auf den uns gewaltsam aufgedrungenen Krieg nimmt sie aber davon Umgang, gegen die vielen, den agrarischen Schutz durchbrechenden, den freien Verkehr in land- und forstwirtschaftlichen Produkten behindernden Verkehr und den landwirtschaftlichen Betrieb bevormundenden Verfügungen Einspruch zu erheben.

Die Vollversammlung gibt dem Wunsche Ausdruck, daß, falls das Prinzip der Erstellung von Maximalpreisen für Getreide seitens der Regierung aufrechterhalten werden sollte, auch Maximalpreise für jene Bedarfsartikel zu erstellen sind, welche von kartellierten, die Landwirtschaft durch unberechtigt hohe Preisforderungen schwer schädigenden Industrien erzeugt werden. Hierzu gehören in erster Linie sämtliche Kraftfutter- und künstlichen Düngemittel, weiter Kohle, Benzin, Rohöl, Steinöl, Schmieröl, Kokeisen, Kupfervitriol u. Auch die Erstellung von Höchstpreisen für alle Lebensmittel im Detailverkehr erscheint besonders im Interesse der konsumierenden Bevölkerung dringend geboten und sollte daher mit den diesbezüglichen Verfügungen nicht länger gezögert werden.

Was die im Deutschen Reiche und bei uns vielseitig angeregte wirtschaftliche Annäherung zwischen den beiden verbündeten Kaiserreichen betrifft, die sich in erster Linie auf das Gebiet der Zoll- und Handelspolitik zu erstrecken hätte, so hält die Vollversammlung dieselbe unter der Voraussetzung, daß hierbei mit Rücksicht auf unsere verschiedenen Produktionsverhältnisse unsere Interessen voll und ganz gewahrt werden, gewiß für wünschenswert.

Die Vollversammlung gibt der Hoffnung Ausdruck, daß mit Rücksicht auf das gute Einvernehmen, welches erfreulicherweise seit langen Jahren zwischen den ungarischen und österreichischen Agrariern besteht, der Bund der ungarischen Landwirte und der Ungarische Landesagrikulturreichverein ihren mächtigen Einfluß dahin geltend machen werden, daß die ungarische Regierung in Einkunft der Versorgung der diesseitigen Reichshälfte mit Getreide und Mehl keine den Ausgleichsbestimmungen zuwiderlaufenden Hindernisse bereite, um dadurch die Solidarität unserer Gesamtmonarchie auch nach dieser Richtung hin erfolgreich zum Ausdruck zu bringen.

Die Beschlagnahme der Ernte.

Nach einer von kaiserlichen Rat Postelt angeregten Diskussion über die Frage der Einführung eines Getreidehandelsmonopols wurde auf Antrag des kaiserlichen Rates Hergel beschlossen, das Ackerbauministerium zu bitten, ehestens eine mündliche Enquete über die Beschlagnahme der heurigen Ernte einzuberufen und dazu die Landesagrikulturräte, Landwirtschaftsgesellschaften und Genossenschaftsverbände einzuberufen.